



# KI GI

## news

---

Tageszeitung für den Kindergipfel 2004

---

Ausgabe 4

Sonntag 23. Mai



Hallo liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kindergipfel 2004,

leider ist der Kindergipfel 2004 schon fast wieder vorbei. Dies ist die letzte Ausgabe von Kigi-news. Wir hoffen, es hat euch auf dem Kigi gefallen und ihr habt erreicht, was ihr erreichen wolltet.

Vielen Dank fürs Mitdiskutieren, Arbeiten, Spielen und Feiern.

Wir sehen uns auf dem Nachtreffen in Bonn. Oder spätestens 2006 – nicht zur Fußballweltmeisterschaft sondern zum Kindergipfel!

Gute Heimreise  
Berg frei

Die Redaktion

(Julia, Christoph, Lukas, Sven, Christoph, Mathis und Pascal)

Bleibt noch das Programm für den heutigen Tag:

bis 9.00Uhr Frühstück

9.00 Uhr Das Zimmer muss geräumt sein

9.30 Uhr Abfahrt zu den Ausflügen:

- Westfalenpark
- Park Hombruch
- Dasa
- Kokerei Hansa

12 Uhr Verabschiedung

12.30 Uhr Mittagessen

ab 13.15 Uhr Abreise



Weitere Infos findet ihr unter:  
[www.kindergipfel.de](http://www.kindergipfel.de)

Gestern war der Tag, auf den ihr hingearbeitet habt: Die Übergabe des Zukunftsvertrages im Big Tipi!



Podiumsdiskussion  
im Big Tipi – aus der  
Sicht eines Teilnehmers

Frieden in der einen Welt

Forderungen:

1. Die Politik soll den Einsatz von Kindersoldaten aktiv verhindern
2. Die Politik soll internationale Friedensorganisationen stärker unterstützen
3. Wir fordern mehr Entwicklungs-

hilfe für Länder, die von Krieg betroffen sind.



Zwei Kinder aus dem Workshops Frieden stellten auf zwölf Plakaten ihre Forderungen und Selbstverpflichtungen vor: Katrin Göring-Eckardt antwortete gleich, dass alle Forderungen schon in Bearbeitung seien und redete die BRD gut. Natürlich verwies sie darauf, dass die BRD keinen Einfluss auf andere Länder habe. Außerdem leiste Deutschland viel Aufbauhilfe auf dem Balkan. Und auch für den Irak werde man wahrscheinlich viel Geld ausgeben müssen. Die Frage, wie viel Geld die Bundesregierung Friedensorganisationen zur Verfügung stelle, konnte sie leider nicht beantworten da „sie schon in der Schule schlecht in Mathe gewesen sei.“

„Wir fordern ein Waffenembargo für Krisengebiete in Nahost und anderswo“, forderte der Kindergipfel 2002. Nina hakte nach, ob die Bundesregierung diese Forderung umgesetzt habe. Doch Frau Göring-Eckardt wehrte die Diskussion ab, sie würde zu lange dauern.

Nina bohrte noch weiter und wollte wissen, was sie konkret für die Umsetzung dieser Forderung machen werde. Sie sagte, dass der Zukunftsvertrag dazu da sei, der Bundesregierung Anregungen zu geben und sie ihn wichtig finde. Ähnliche Forderungen kämen nämlich auch aus den eigenen Reihen.

Gewalt unter Jugendlichen – nein danke!

Forderungen:

1. Wir fordern, dass vor allem Medien, die für Kinder und Jugendliche bestimmt sind, stärker auf ihren Inhalt überprüft werden.
2. Damit Gewalt gar nicht erst aus Langeweile entsteht, fordern wir, dass mehr Freizeitangebote mit sozialpädagogischer Betreuung geschaffen werden.
3. Wir fordern eine Ausbildung von Lehrern, um besonders an Schulen der Entstehung von Gewalt vorzubeugen und bestehende Gewalt zu verringern.



Das Thema Gewaltfilme wurde lange und ausführlich diskutiert, da die Teilnehmer zum Teil selbst nicht einer Meinung waren. Katrin Göring-Eckhard bestätigte die geschilderte Situation, verwies aber darauf, dass der Staat nicht in den Wohnzimmern kontrollieren könne. Mit ihren Kindern schaue sie Filme, in den Gewalt gezeigt wird, gemeinsam an, so dass man anschließend darüber diskutieren könne. Nachdem ihr der Zukunftsvertrag überreicht wurde, musste Frau Göring-Eckardt wegen der morgigen Bundespräsidentenwahl nach Berlin fahren. Diese Gesprächsrunde war sehr gut, da die Diskussionen lange gingen. Die Politikerin Katrin Göring-Eckardt ging gut auf die Kinder ein. Obwohl ihr Termin sehr wichtig war, überzog sie ca. 15 Minuten.

Schule und wie sie (anders) sein könnte

Forderungen:

1. Wir fordern, dass LehrerInnen mit SchülerInnen gemeinsame Kriterien erarbeiten, die einen guten Umgang miteinander und einen guten Unterricht sichern sollten
2. Wir fordern, dass der Lehrplan nach den Interessen der Schülerinnen und Schüler aufgelockert wird.
3. Wir fordern, dass der Unterricht durch mehr Praxisnähe besser und interessanter gestaltet werden soll.

Nach dem Vortrag der Forderungen und Selbstverpflichtungen deutete Klaus Schäfer an, dass die Forderungen in Nordrhein-Westfalen eigentlich schon umgesetzt sind. Er lobte die Bereitschaft der Teilnehmer, ihre Schule selbst zu re-



novieren. Ein wichtiges Thema war die Ganztageschule. Leider konnte Herr Schäfer nur von NRW reden, sodass es für Schwaben oder Ossi es ein wenig langweilig war. Nicht überall sind Ganztageschulen im Gespräch – zum Beispiel in CDU-regierten Ländern.

Ich glaube, dass es bei dieser Gesprächsrunde nötig gewesen wäre, einen CDU-Politiker dabei zu haben, der auch Contra-Argumente hätte bringen können.

Dann wurde über unterschiedliche Schulsystemen in den einzelnen Bundesländern diskutiert. Klaus Schäfer sprach sich gegen einen einheitlichen Lehrplan für ganz Deutschland aus. Argumente dafür brachte er jedoch nicht. Bernhard Rapkay berichtete, dass

andere europäischen Staaten oft einen zentralen Lehrplan haben und Deutschland eine Ausnahme sei. Die Kindern sprachen sich fast alle für ein bundesweites Schulsystem aus, um Umzüge zu erleichtern.

Wer ist eigentlich behindert? Zusammenleben mit behinderten Kindern

1. Wir fordern eine höhere finanzielle Unterstützung für Eltern und Angehörige, die Menschen mit Behinderung zu Hause versorgen.
2. Es soll mehr gemeinsame Freizeitangebote für Kinder mit und ohne Behinderung geben.
3. Kinder mit und ohne Behinderung sollen überall zusammen in einen Kindergarten kommen können.



Zwei Kinder trugen ihre Forderungen und Selbstverpflichtungen vor und brachten mit ihrer Frage, warum es nicht überall behindertengerechte Ampeln gibt, die Politiker kurz zum Stutzen. Rapkay verpflichtete

sich, diese Frage in seinen Wahlkreis mitzunehmen, Schäfer wollte einen Brief an Stolpe schreiben und ihn auf dieses Problem aufmerksam machen. Dann wurde diskutiert, ob Kinder mit Behinderung zusammen mit „normalen“ Kindern in eine Schule gehen sollten. Ein Bericht einer Zuschauerin zeigte, dass das Zusammenleben von behinderten Menschen und „normalen“ Menschen sehr gut funktionieren kann. Obwohl in der Diskussion über Menschen mit Behinderung nicht viele Fakten genannt wurden und nur wenig Konkretes erreicht wurde, regte sie dennoch zum Nachdenken an und zeigte deutlich, dass dieses Thema in Deutschland ein aktuelles und großes Problem ist, dem dringend abgeholfen werden muss. Am Ende der Diskussion wurde vorgeschlagen, dass beim nächsten Kigi auch Menschen mit Behinderung teilnehmen können.

Die Politiker zeigten sich beim Thema Schule eigentlich interessiert und diskutierten auch mit. Beim Thema „Zusammen Leben mit behinderten Menschen“ waren sie ein wenig gelangweilt, weil sie wenig Ahnung zu haben schienen.

## Umweltschutz statt Umweltschmutz

Forderungen:

1. Wir fordern, dass weniger Bäume

abgeholzt werden und für jeden abgeholzten Baum sofort ein neuer gepflanzt wird. Wir fordern, dass mehr Wälder gepflanzt werden.

2. Wir fordern, dass Wasser-, Wind- und Solarkraft viel mehr genutzt werden.

3. Es soll mehr öffentliche Verkehrsmittel und billige Fahrkarten geben.

4. Wir fordern Autos, die mit Strom, Biomasse und Wasserstoff angetrieben werden.

5. Es darf keine Tierversuche für Kosmetik und ähnliches mehr geben.



Nach der kurzen Foto- und Kaffeepause ging es gleich weiter mit einer Diskussionsrunde zu dem Thema des Workshops „Umweltschutz statt Umweltschmutz“. Die Forderung, für jeden Baum einen neuen zu pflanzen, rief eine Diskussion unter den Kindern hervor. Die Politiker hielten sich zuerst aus der Diskussion heraus, erst als sie direkt angesprochen wurden, antwortete



Ulla Burchardt, dass viele Bäume unter Denkmalschutz stehen. Die schlagenden Argumente wurden allerdings nicht von Politikern sondern von den Kindern gebracht.

Julia fragte, warum der Bund den Ausbau des Frankfurter Flughafens unterstütze. Das wurde mit der Senkung der Lärmbelastung für die Anwohner einer Straße in Dortmund begründet.

Frau Littmann machte alle für die Abholzung der Wälder verantwortlich, da jeder eine warme Heizung brauche. So lehnte sie indirekt alle Schuld der Politik ab und lastete sie auch uns Kindern an. Allerdings hängte sie gleich hinten an, dass sie mit Holz heize und das dieses billiger als Erdöl sei. Sie verteidigte also wieder den Holzverbrauch. Ihre Position wurde nicht wirklich deutlich. Es machte den Eindruck, als wüsste sie selbst nicht, auf welche Seite sie sich stellen sollte.

Tipps gegen hohen Verbrauch von Holz gab dann Marco Bülow. Er befürwortete Recycling und die Ab-

kehrung von Tropenholz. Danach wurde das Thema „Öffentlicher Personennahverkehr“ angesprochen. Die Politiker wurden mit vielen Problemen konfrontiert, jedoch schwiegen alle bis auf Burchardt, die die Probleme zwar bestätigte, aber keine konkreten Lösungen auf Lager hatte.

Meine Meinung zu den Politikern: Dass Wald und Holz nicht gerade Frau Burchardts Thema war, zeigte sich deutlich. Sie stierte auf die Zeltplane und fing hin und wieder an, zu lächeln, obwohl gar kein Grund dazu war! Bei den anderen Themen beteiligte sie sich jedoch ganz gut. Frau Littmann verteidigte immer nur ihre Parteipolitik und stellte sich selbst in ein gutes Licht [...ich wasche z.B. immer nachts..., ...ich heize mit Holz...]. Sie war immer erpicht darauf, nichts Falsches zu sagen. Marco Bülow hingegen leistete eigentlich nur gute Beiträge, die sehr konkret waren und die Diskussion voranbrachten.



## Zusammenleben mit AusländerInnen

Forderungen:

1. Wir fordern den regelmäßigen Austausch mit anderen Ländern an Schulen.
2. Wir fordern, dass kriminelle Rechtsradikale zu sozialer Arbeit mit Ausländern verpflichtet werden.
3. Wir fordern, dass alle Einwanderer das Recht und die Verpflichtung haben sollen, die deutsche Sprache gut zu lernen.



Marieluise Beck ist die Vertretung der Bundesregierung und so gesagt kommt sie von ganz oben. Sie ist Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Jugend, Senioren und Frauen. Außerdem ist sie Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Nun kommt eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der Gesprächsrunde:

Am Anfang erklärte Marieluise Beck was Migrationsbeauftragte heißt:

Früher hieß Migration Ausland, deshalb kann man sie als Stellvertreterin der Ausländer in Deutschland ansehen. Einige Fragen waren:

- "Wie stehen Sie zu der Aussage von Herrn Stoiber, dass alle Ausländer, die eine Straftat begehen, ausgewiesen werden?"

- "Bei uns gibt es 90% Ausländer und die sprechen alle nur Türkisch. Kann man das irgendwie beeinflussen?"

Am Anfang waren viele Fragen auf die Folgen einer Straftat von Ausländern bezogen. Dies wurden von Marieluise Beck genau und ausführlich geklärt. Manche fragten, was bisher zur Integration von Ausländern getan wurde? Woraufhin sie Kurse an Jugendhäusern, Abendschulen und themenbezogene Treffen zur Intergration nannte. Außerdem erklärte sie, weshalb es in der Bundesrepublik Deutschland keine Todesstrafe gibt:

Dann würde es zu viele Tote durch Justizfehler geben. Und einen toten Menschen kann man nicht wiederbeleben.

### Kinder haben Recht (e)

Jedes Kind hat ein Grundrecht auf Nahrung, Unterkunft, medizinische Versorgung und auf schulische Bildung. Daher fordern wir, dass alle Länder die Kinderrechte beachten und geltend machen.

Wir wollen nicht, dass Kinder zur Prostitution gezwungen und vergewaltigt werden, daher fordern wir von den Politikern, dass sie ihren Einfluss geltend machen und international dagegen vorgehen.



Wir wollen nicht, dass die Städte noch kinderfeindlicher werden. Daher fordern wir, dass in jeder Stadt, in der Kinder und Jugendliche Interesse an Politik haben, ein Kinder- und Jugendparlament durch den Bürgermeister eingerichtet wird.

Von den Ausländern ging die Diskussion zum Thema Kinderrechte über.

Deutschland habe ziemlich gute und umfassende Kinderrechte.

Außerdem versucht die BRD zusammen mit den Vereinten Nationen Kinderarbeitsprobleme zu lösen. Von den Vereinten Nationen gibt es einen Katalog mit Kinderrechten.

## Über Krawatten und andere interessante Dinge

- ein Kommentar -

Habt ihr in der 2. Diskussionsrunde einmal Herrn Rapkay beobachtet? Ich fand es einfach nur köstlich, wie er sich an den Gesprächen beteiligt hat. Das eine Mal spielte er mit seiner Krawatte, das andere mal popelte er in seinem Ohr und ein weiteres mal betrieb er Fingergymnastik. Daran sieht man, dass dieser Herr zwar den Fragen und Antwort-



ten rede stand, ihn die Forderungen der Kinder aber nicht sonderlich mitgerissen haben. Meiner persönlichen Meinung nach kommen einige Politiker nur zu Jugendveranstaltungen, um den Eindruck zu erwecken, dass sie sich für die Kinder einsetzen und dann vielleicht heute oder morgen ein guter Artikel in der

Zeitung steht. Diese Alibifunktion erkennt man auch daran, dass sich viele Abgeordnete ganz geschickt aus konkreten Fragen herausreden die von Kindern oder Jugendlichen gestellt werden. Hier ein kleines Beispiel meinerseits: Ich führte ein Interview mit Frau Marieluise Beck und fragte sie, warum die Kinderrechte nicht im Grundgesetz verankert seien. Sie antwortete mir, dass man 1949 noch nicht so weit war, was die Beziehungen in Sachen Kinderbeteiligung betreffen. Doch das Grundgesetz kann man auch noch heutzutage ändern, oder nicht? Dies bestätigt meine Vermutungen. Die meisten Forderungen werden sowieso nicht ganz ernst genommen und wandern in den Aktenschrank. Ich will euch mit dieser kritischen Sicht nicht den Mut nehmen. Macht weiter wie bisher, denn Hartnäckigkeit lohnt sich.

Enrico Müller

## Auszüge aus dem Interview mit Marielouise Beck

Wieso sind die Kinderrechte nicht im Grundgesetz verankert?

Ich glaube, dass man 1949, als das Grundgesetz geschrieben worden ist, noch viel weiter weg war von den Gedanken, dass Kinder mitreden könnten. Das war eine Zeit,

wo nur die Erwachsenen geredet haben.

Welche Gründe sehen Sie für das Wahlrecht ab 16?

Wir haben eine Verschiebung in der Alterszusammensetzung in unserer Bevölkerung, sodass immer mehr alte Menschen wählen und ihre Interessen sehr gut vertreten können. Junge Menschen können ihre Interessen immer weniger vertreten. Also lohnt es sich, die Altersgruppe der 16-jährigen noch mit rein zu nehmen.

Warum sind Flüchtlingskinder nicht schulpflichtig?

Sie sind schon schulpflichtig. Die Frage ist nur, ob bei uns alle Schulen Flüchtlingskinder nehmen. Aber in der Regel gehen Flüchtlingskinder in die Schule.

Unterscheiden sich die Fragen der Kindern von denen, die Ihnen Erwachsenen stellen?

Ja, ich glaube schon, dass Kinder stärker als Erwachsene nach dem Guten in der Welt fragen und das viel grundsätzlicher tun als Erwachsene.



## Interview mit Heidi Scholz



Heidi Scholz ist Mitarbeiterin des Jugendamtes der Stadt Dortmund und hat den Kindergipfel mitorganisiert.

Welche Erwartungen haben Sie an den Kindergipfel?

Meine Haupteerwartung ist, dass die Kinder und Jugendlichen nach vier Tagen nach Hause fahren und sagen: „Es war einfach toll in Dortmund. Wir haben ganz viel erarbeitet und in die Politik einbringen können. Und Dortmund ist eine schöne Stadt.

Werden Sie auch einen Kindergipfel auf regionaler Ebene durchführen?

Wir haben etwas ähnliches wie einen regionalen Kindergipfel, das sich „Doforum“ nennt. Das ist ein Beteiligungsprojekt, in dem sich

Kinder direkt an die Politik wenden können. Wir werden da mit Sicherheit noch weiter arbeiten.

Denken Sie, dass durch den Kindergipfel die Aufmerksamkeit für Kinderinteressen größer wird?

Also, in Dortmund ist sie schon recht groß, aber sie kann natürlich nicht groß genug sein.

Denken Sie, dass das Medieninteresse für Kinderbeteiligungsprojekte steigt?

Das will ich doch hoffen, denn wir haben ja heute gesehen, dass das Medieninteresse sehr groß ist. Die Beteiligungsprojekte, die wir machen, sind bei der Dortmunder Presse immer sehr gut angekommen.

Was halten Sie von Jugendparlamenten?

Mit Jugendparlamenten ist es natürlich immer eine ganz schwierige Sache. Das hat natürlich auch immer mit der Größe einer Stadt oder eines Dorfes zu tun. Man muss sehr individuell entscheiden, welche Art der Kindermitbestimmung sinnvoll ist.

Wie setzen Sie persönlich das Motto des Kindergipfels „Kinder reden, Erwachsene hören zu“ um?

Da Partizipation mein Arbeitsbereich ist, denke ich, dass ich recht fit

im Zuhören bin und danach agieren kann.

Wie ist Ihre Meinung zum Wahlrecht ab 16?

Sehr gut. Jugendliche ab 16 sollten wählen gehen können. Wir vom Jugendamt unterstützen dies massiv, zum Beispiel durch die Kampagne „Wahl ab 16“. Wir machen uns stark dafür, dass Jugendliche zur Wahl gehen. Sie sollten aber auch wissen, warum sie zur Wahl gehen. Denken Sie nicht, dass sich viele Jugendliche nicht für Politik interessieren?

Natürlich wird es immer desinteressierte Jugendliche geben, aber es gibt auch desinteressierte Erwachsene. Nur wenn schon Kinder und Jugendliche Beteiligung lernen, werden sie auch als Erwachsene aktiv an der Politik beteiligen.

Was halten Sie denn vom Elternwahlrecht?

Heidi Scholz: Das ist eine schwierige Frage. Da habe ich mir noch gar nicht so viele Gedanken gemacht. Deshalb kann ich leider noch keine Meinung dazu äußern.

An dieser Stelle wollen auch wir uns noch einmal für die Mitorganisation und große Hilfe von Seiten der Stadt Dortmund bedanken.

## KAFFEE-SCHRECK

Kein Kaffee ohne Ausweis



Gestern waren einige von uns echt geschockt. Nachdem wir Mitglieder des Kinderpressezentrums bis fünf Uhr früh an der Samstags Ausgabe der KI GI - news gearbeitet hatten, konnten wir uns noch nicht einmal einen Aufmunterungskaffee gönnen. Totmüde marschierten wir zum Big Tipi. Doch an der Kaffeeausgabe verlangte man doch rotzfrech den Personalausweis! Verdammt!!! Durch einige Tricks konnten wir uns aber doch noch den ein oder anderen Koffeinschub erschummeln. Wir haben einfach Elmar und Melanie Kaffee holen geschickt. Und Peedi hatte ja ooch schon ‚nen Ausweis. Kaffee sollte es auch ohne Ausweis geben, denn es ist ja schließlich kein Bier, oder?



Achtung:

Fliegenalarm!!!

Man lebt wirklich gefährlich hier in Dortmund:

Ein Teilnehmer fand im samstägigen Abendessen eine angebrannte und mitgekochte Fliege in seiner Lasagne. Wie man das nach dem zweiten Attentat deuten kann, ist das Leben eines Kindergipfel Teilnehmers hier in Dortmund schwer gefährdet! Also alle aufgepasst:

Achtet auf fliegende Wasserflaschen und auf tote Fliegen im Essen!



Es geht weiter:

KiGi in  
Niedersachsen

Liebe Teilnehmer

Wenn ihr auf diesem Kindergipfel Spaß hattet, ist in Niedersachsen gleich der Nächste!

Hast du Lust den Niedersächsischen Kindergipfel 2005 mitzugestalten?

Soll er vielleicht sogar bei dir im Kreis stattfinden? Wenn ihr die

Themen auch festlegen wollt

meldet euch für den dortigen Kinder-

rat an. Melde dich für den

Kinderrat bei

Lisa, Henning oder wende

dich an:



Kindergipfel

c/o Aktion für Tier- und Umweltschutz e.V., Louisenstr. 8

27749 Delmenhorst

Tel:04221/120808 oder [www.afu-delmehorst.de](http://www.afu-delmehorst.de)

---

## KiGi news Impressum

Das Kinderpressezentrum wird gefördert durch „Projekt - P Misch dich ein!“

Der KiGi wird gefördert vom Umweltbundesamt mit Mitteln des Bundesumweltministeriums

Herausgegeben im Rahmen des bundesweiten Kindergipfels 2004 in Dortmund

V.i.s.d.P: Melanie Werner, Claudia Neumann, Nina Bartz und Sebastian Suk; Redaktion: Julia Böhm, Lukas Kirschbaum, Sven König, Christoph Brose, Matthias Klegrew; Koordination (C.v.D.): Pascal Kleiner, Christoph Peter

Eigendruck Postanschrift: Naturfreundejugend Deutschlands, Haus Humboldtstein, 53424 Remagen

Redaktionschluss ist jeweils um Mitternacht vor dem Erscheinungstag

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht notwendigerweise der Redaktion wieder.

COME IN  
CONTRACT



PROJEKT-P  
MISCH DICH EIN

